

der
Rauk



SPD – Kierspe 06.98

Petra Crone (47)
ist Vorsitzende des
SPD-Ortsvereins Kierspe.



Liebe Kiersperinnen und Kiersper!

Seit 16 Jahren wird unser Land von Helmut Kohl regiert. Keine Frage, er hat sich Verdienste erworben und ein Platz in den Geschichtsbüchern ist ihm sicher. Ich bin der Meinung, dorthin sollte er sich nun auch zurückziehen. Unser Land braucht dringend neue, unverbrauchte Kräfte.

In der SPD ist Aufbruchstimmung zu spüren - von der Parteispitze bis zur Basis sind alle bereit, am 27. September dieses Jahres die Regierungskoalition von CDU / CSU und FDP abzulösen. Wir wünschen endlich wieder Bewegung auf der politischen Bühne.

Starke Wirtschaft - Neue Arbeit

Unter diesem Motto wollen wir für möglichst viele Menschen Arbeitsplätze schaffen. Arbeitnehmer, Unternehmer und Politiker sollen gemeinsam in einem Bündnis für Arbeit an Innovation und Gerechtigkeit arbeiten. Wir wollen Arbeit finanzieren - nicht Arbeitslosigkeit, die den Staat jährlich 180 Milliarden Mark kostet.

Durch eine Entlastung der Arbeitnehmerhaushalte von Steuern und Abgaben wird es mehr Nachfrage und damit auch mehr Arbeit geben. Um der Wirtschaft Anreize zu bieten, wollen wir den Bereich der Forschung und Entwicklung stärken, die Lohnnebenkosten senken und damit insbesondere dem Mittelstand und den Existenzgründern wirksam helfen.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Gesundheit muß für alle bezahlbar sein. Chronisch Kranke und ältere Patienten wollen wir von Zuzahlungen entlasten.

Für Familien muß es wieder eine Zukunft geben. Wir wollen das Kindergeld für das erste und zweite Kind auf 250 Mark pro Monat anheben.

Wir halten an der beitrags- und einkommenbezogenen Rente, am Sozialstaat in seiner bewährten Form fest. Dies geht nicht ohne Reformen: Die Rentenkasse muß von Leistungen, für die sie nicht zuständig ist (z. B. Aufbau Ost), entlastet und der Versichertenkreis erweitert werden.

Darüber hinaus wollen wir durch eine betriebliche und private Vorsorge sowie durch eine stärkere Beteiligung am Produktivvermögen die Rentenversicherung sinnvoll ergänzen.

Gerechte Steuern und solide Finanzen

Endlich muß eine Steuerreform her, die gerecht ist. Unser Ziel ist die Entlastung einer durchschnittlich verdienenden Familie mit zwei Kindern um 2500 Mark jährlich. Wir wollen die Steuersätze senken:

- den Eingangssteuersatz von jetzt 25,9 auf zunächst 12,9 Prozent
- den Spitzensteuersatz von jetzt 53 auf 49 Prozent

Schon diese Maßnahmen wirken konjunkturbelebend. Durch die Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit und durch eine maßvolle und berechenbare Erhöhung der Energiekosten soll das Steuersystem zusätzlich reformiert werden.

Hohe Privatvermögen müssen wieder besteuert und ungerechtfertigte Steuerschlupflöcher gestopft werden. Schließlich muß eine Mindestbesteuerung sicherstellen, daß sich gut verdienende „Abschreibungskünstler“ nicht wie bisher der Besteuerung entziehen können.

Sie schaffen den Wechsel!!!



Liebe Kiersperinnen und Kiersper, das Wahlprogramm der SPD steht für eine Politik des sachlichen Ausgleichs und der fairen Zusammenarbeit. Auch die SPD in Kierspe - die Ortsvereine Kierspe und Bollwerk-Vollme, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und die Jungsozialisten (Jusos) - arbeitet intensiv daran, daß der dringende Wechsel, den unser Land braucht, im September gelingt. Ich konnte in den vergangenen Monaten viele neue Parteibücher ausstellen. Besonders gefreut hat es mich, daß die meisten neuen Mitglieder junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren sind. Aber uns sind auch jene willkommen, die ohne Parteizugehörigkeit mithelfen wollen, um in Bonn einen Politikwechsel zu erreichen.

Mit Ihrer Stimme für die SPD am 27. September!

Dieter Dzewas (42) ist unser Kandidat für den Deutschen Bundestag. Der Vater zweier Kinder ist seit 1984 Mitglied der SPD und seit 1994 im Amt des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt Lüdenscheid.



Das wichtigste ist die effektive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Konkret heißt das für mich, als Bundestagsabgeordneter dafür zu sorgen, daß Mittel des Bundes und der Europäischen Union zum Beispiel für Existenzgründungen in den südlichen Märkischen Kreis fließen. Ferner sind Chancenkaptalfonds zu fördern und den Klein- und Mittelbetrieben der Gang an die Börse zu erleichtern. Gleichzeitig befürworte ich eine größere Beteiligung von Arbeitnehmern an Betrieben. So sind Fehlzeiten durch gezielte Maßnahmen zu senken, statt die Lohnfortzahlung nach der Rasenmähermethode zu kürzen. Auch die Einführung des Kombilohns kann als Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ein sinnvoller Weg sein. Das Arbeitsförderungsgesetz müßte derart geändert werden, daß Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit finanziert wird. Die Erfolge des Regionalsekretariats mit seinem Projekt „Arbeiten lernen“ sind für mich ein Ansporn, auch auf diesem Gebiet neue Wege zu beschreiten. Speziell für junge Leute befürworte ich ein 100 000-Stellen-Programm, wie es die SPD in diesem Jahr in den Bundestag eingebracht hat.

Ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages hat ein Anwalt der örtlichen Kommunalpolitik zu sein.

Viele Beschlüsse des Bundestages haben direkte Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden. Exemplarisch seien das Kreislaufwirtschaftsgesetz, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Abschaffung der Gewerbesteuer genannt. Daher werde ich als Bundestagsabgeordneter eine Mitarbeit im Wirtschafts-, Innen- sowie Arbeits- und Sozialausschuß des Deutschen Bundestages anstreben.

Ein optimales Bildungs- und Ausbildungssystem ist die Grundlage jeden wirtschaftlichen und beruflichen Erfolgs

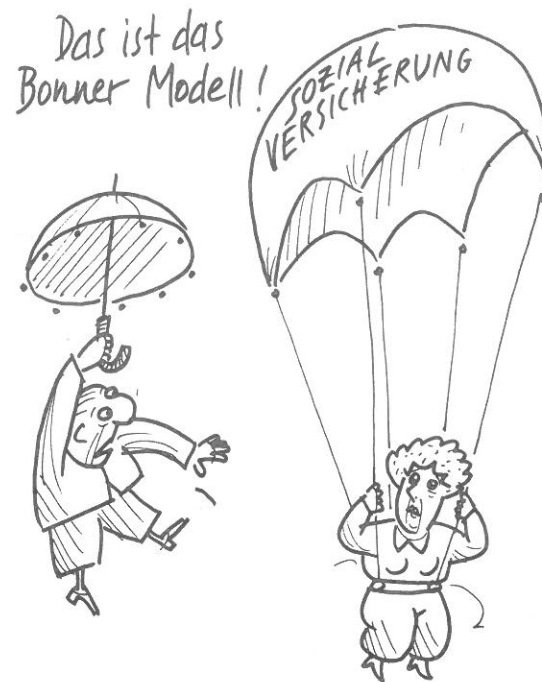
Die Bundesregierung hat versagt, indem sie Mittel für den Bereich Bildung zurückgefahren hat. Im Vergleich mit unseren EU-Partnern ist Deutschland nur noch im unteren Mittelfeld zu finden. Hier ist eine deutliche Korrektur angesagt. Aufgabe

muß es sein, Bildungssysteme durchgängig zu machen und vor allem lebenslanges Lernen zu organisieren. Daher befürworte ich ein einheitliches Grundbafög, das elternunabhängig gezahlt wird und jedem ein ordentliches Studium ermöglicht. Ferner ist das Arbeitsförderungsgesetz dahingehend zu reformieren, daß es einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung gibt bei gleichzeitiger Öffnung möglichst vieler Bildungsinstitutionen für diesen Bereich. Dringend müssen zudem Mittel zur Verbesserung des berufsbildenden Schulwesens zum Beispiel im EDV-Bereich bereitgestellt werden.

Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme hat sozial verträglich zu erfolgen

Die stark steigenden Kosten im Gesundheitswesen und die prozentuale Zunahme der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung macht den Umbau der sozialen Sicherungssysteme unumgänglich. Doch darf dieser Umbau nicht derart geschehen, wie ihn CDU, CSU und FDP betreiben. Völlig unakzeptabel ist zum Beispiel die Absenkung des Rentenniveaus von 70 auf letztlich 64 Prozent des lebensdurchschnittlichen Nettoeinkommens. Ebenfalls nicht hinnehmbar ist, daß im Gesundheitswesen einseitig bei den Versicherten abkassiert wird und faktisch bereits jetzt eine Zweiklassenmedizin besteht. Die SPD hat für beide Bereiche umfangreiche Reformkonzepte vorgelegt, die aber an der Mehrheit von CDU, CSU und FDP im Bundestag gescheitert sind.

Zu den Finanzierungsvorschlägen gehörte zum Beispiel die Aufhebung der Sozialversicherungsfreiheit für die sogenannten 620-Mark-Jobs. In Deutschland existieren fünf Millionen (!) dieser Jobs. Hinzu kommen zwei Millionen Scheinselbständige, die ebenfalls der Sozialversicherungspflicht unterzogen werden müssen.



Irmgard Schmid (53) ist Abgeordnete im Landtag
Nordrhein-Westfalen



Die Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat in den vergangenen drei Jahren wichtige Schritte gemacht, die unverkennbar unsere sozialdemokratische Handschrift tragen. Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen und die Wahrung des sozialen und ökologischen Ausgleichs, ein neuer bildungspolitischer Aufbruch und ein festes Bündnis mit den Städten und Gemeinden sind wichtige Beispiele für dieses Handeln.

Um die öffentlichen Finanzen steht es schlechter als je zuvor. Das wirtschafts- und finanzpolitische Versagen der Bundesregierung hat Arbeitslosigkeit, Abgabenbelastung und Staatsschulden auf Rekordwerte getrieben und ein in Deutschland bislang nicht erlebtes Wegbrechen der Steuereinnahmen verursacht. Länder und Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand.

Wir Sozialdemokraten finden uns mit der Massenarbeitslosigkeit nicht ab. In ihrer Innovationsoffensive hat die SPD-Landtagsfraktion die zentralen Ansatzpunkte gebündelt, die neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern. Um so erschreckender ist, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren nicht allein wirtschafts- und beschäftigungspolitisch versagt, sondern auch das Arbeitsförderungs-gesetz zu einem passiven Instrument degradiert hat, das Arbeitslosigkeit nur noch verwaltet. Wir halten diesen Weg für falsch. Deshalb stellt der Landeshaushalt 1998 auch unter schwierigsten finanziellen Bedingungen wieder mehr als 800 Mio. Mark für Arbeitsmarktprogramme zur Verfügung.

Arbeit ermöglichen ist klüger, als Arbeitslosigkeit zu bezahlen

Das Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" praktiziert diesen Grundsatz bereits seit der Mitte der 80er Jahre.

Neues Programm "Jugend in Arbeit"

Teil unserer "Innovationsoffensive": Allen jungen Menschen unter 25 Jahren, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, soll damit Hilfe zum Einstieg in das Erwerbsleben gegeben werden.

START Zeitarbeit NRW mit erfolgreicher Bilanz

Die von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Land und Landesarbeitsamt getragene gemeinnützige Gesellschaft vermittelt seit 1995 insbesondere Langzeitarbeitslose.

Rund 4.500 zuvor Arbeitslose wurden mittlerweile beschäftigt. Mehr als 40 Prozent wurden von Betrieben dauerhaft eingestellt.

Jeder junge Mensch, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet

Das duale System der beruflichen Bildung ist eine tragende Säule unseres Qualifikationssystem. Wir halten an dieser einzigartigen Verbindung von theoretischem und praktischem lernen fest.

Mit dem "Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen" vom 13. September 1996 haben wir im Konsens von Wirtschaft, Gewerkschaft und Politik einen bundesweit beispielhaften Beitrag geleistet, um das duale System zu sichern und es auf bereits erfolgte und zu erwartende Änderungen in Wirtschaft und Gesellschaft auszurichten.

Neue Berufsbilder, flexible Unterrichtsorganisation

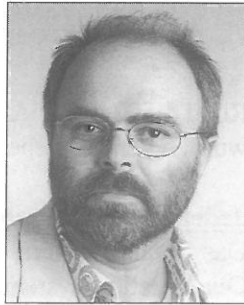
Deshalb haben wir neue Berufe auf den Weg gebracht, zum Beispiel für neue kaufmännische Schwerpunkte in der Büro- und Telekommunikation oder für Verfahrensmechaniker in der Kunststoff- und Kautschuktechnik. Mit einer flexiblen Organisation des Berufsschulunterrichts haben wir zudem die betrieblichen Ausbildungszeiten erhöht und die betrieblichen Interessen besser berücksichtigt.

Unser Land soll vom Können, der Begabung, den Ideen der Frauen profitieren

Frauenförderung im Beruf kann nicht allein "von oben" verordnet werden, erst recht nicht in der Wirtschaft. Auch hier gilt: Gleichstellung beginnt in den Köpfen. Es ist deshalb wichtig, in den Unternehmen Vertrauen zu gewinnen und die Kooperation auszuweiten. Die Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" hat sich dieses Prinzip zu eigen gemacht. Die Vereinbarung von Landesregierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften enthält ein ganzes Maßnahmenbündel zur beruflichen Frauenförderung. Über 30.000 Betriebe sind daran beteiligt.



Ulrich Duffe (49) ist seit 1998 Mitglied des Kreistages und umweltpolitischer Sprecher der SPD-Kreistags-Fraktion.



Haushaltssicherungskonzept, Sparkommission, Einsparungsvolumen 12 Millionen Mark jährlich - Schlagzeilen der Kreisarbeit in den vergangenen Monaten. Lesen Sie das Interview, das der Rauk mit Ulrich Duffe über seine Arbeit im Kreis und über die Initiativen der SPD-Kreistagsfraktion führte:

Rauk: Wegen der erheblichen Defizite im Kreishaushalt wurde Anfang des Jahres eine Sparkommission nötig. Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung?

Duffe: Die Krise auf dem Arbeitsmarkt hinterläßt auch im Märkischen Kreis immer deutlicher ihre Spuren. Zum einen sinken die Steuereinnahmen, zum anderen - und das ist der wirklich bedeutsame Punkt - sind die Ausgaben bei der Sozialhilfe auf eine dramatische Höhe gestiegen: 100 Millionen Mark müssen in den Sozialhilfeeat eingestellt werden, 1993 waren es noch 72 Millionen. Das macht deutlich, wo der Kern des Problems liegt, nämlich in einer völlig verfehlten Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik der Bonner Regierung. Natürlich treffen die Einsparungen auch andere Bereiche, die z. T. drastische Konsequenzen mit sich bringen.

Rauk: Was hat die SPD-Kreistagsfraktion dieser Entwicklung entgegenzusetzen?

Duffe: Auf Anträge der SPD-Fraktion sind eine Reihe von Beschäftigungsfördermaßnahmen eingeleitet worden. Zuletzt hat die niederländische Firma Maatwerk ihre Tätigkeit im Kreisgebiet aufgenommen, um Stellen für Langzeitarbeitslose zu vermitteln. Erfolgreich ist auch ein Modell, mit dem durch die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen seit Dezember '96 bis heute 222 Arbeitsverhältnisse vermittelt werden konnten. Im Mai '98 wurde ein weiterer Antrag eingebracht, der eine umfassende Beschäftigungsinitiative im nächsten Jahr sicherstellen soll.

Rauk: Und was ist dabei die konkrete Zielsetzung?

Duffe: Das Ziel ist eindeutig: Wir wollen die Zahl der bisher in Arbeit vermittelten Sozialhilfeempfänger verdoppeln und dabei ein besonderes Augenmerk auf Jugendliche, junge Erwachsene und Frauen richten. Bündelung aller Kräfte ist das

Ziel. Auch wollen wir über eine kreiseigene Beschäftigungsgesellschaft und die Möglichkeiten ihrer Finanzierung intensiv nachdenken.

Rauk: Nur: Diese Maßnahmen setzen allein auf eine bessere Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Müßte der Kreis nicht auch Maßnahmen einleiten, die zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Struktur des Märkischen Kreises beitragen?

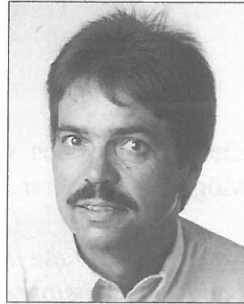
Duffe: Völlig richtig! Wir waren da aber auch bislang nicht untätig. 1997 hat die neue kreiseigene Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung ihre Tätigkeit aufgenommen. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Kreistag einstimmig die auf zunächst drei Jahre angelegte Initiative „Modellregion Märkischer Kreis - Arbeit, Innovation, Umwelt“ aufgelegt, mit der für den Kreis zusätzliche Perspektiven für neue Arbeitsplätze, Innovation und die Anwendung neuer Technologien eröffnet werden sollen. Es ist spannend zu erkennen, mit welchem Engagement mittlerweile 80 regionale Akteure aus namhaften Institutionen sich bei der Suche zukunftsweisender Modellprojekte einbringen.

Rauk: Um welche Projekte geht es dabei konkret ?

Duffe: Die Gesamtinitiative gliedert sich in Handlungsfelder, in denen jeweils Kompetenzzentren federführend sind. Das beispielsweise die Elektromark, die MVG oder das Umweltamt des Märkischen Kreises. Ich möchte ein paar Beispiele nennen: So sollen Modellbetriebe aus einer für den Kreis typischen Branche ausgewählt werden, die Einsparungspotentiale beim Energieverbrauch auch umsetzen wollen. Gutachter sollen deren Energiebilanz - mit Blick auf Kohlendioxidminderung - untersuchen und Vorschläge zur Umsetzung machen. Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit an innovativen Oberflächenbehandlungsverfahren. Unternehmen und die Märkische Fachhochschule arbeiten hier zusammen. Weitere Beispiele sind die Suche nach Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte im heimischen Raum, um lange Transportwege zu verhindern oder ein Handbuch für regionale Anbieter im Bereich Telekommunikation und Muldimedia. All diese Projektideen sind noch zarte Pflänzchen, die gepflegt werden müssen, damit der Erfolg, nämlich ein deutliches Plus an Arbeitsplätzen sichtbar wird. Bonner Vorgaben sind hier wichtig. Daher kommt der Bundestagswahl im September auch erhebliche Bedeutung zu.

Rauk: Vielen Dank für das Gespräch.

Karl-Heinz Kraus(52) ist Fraktionsvorsitzender
der SPD im Kiersper Stadtrat



Der Flächennutzungsplan: Perspektiven für das Jahr 2015

Der Vorentwurf des neuen Flächennutzungsplans schlägt schon hohe Wellen. Die SPD-Fraktion hat nur dem Teil zugestimmt, der die ausgewiesenen Wohnbauflächen betrifft. Unsere Position zu den Gewerbeflächen haben wir im letzten Rauk ausführlich dargestellt. Wir sind aus den genannten Gründen weiterhin für die interkommunale Lösung mit Meinerzhagen.

Die vorgeschlagenen Wohnbauflächen sind im Umfang ein Kompromiß. Die Fraktionen der CDU und UWG wünschten sich noch mehr Flächen, wohingegen die SPD und die GRÜNEN lieber weniger ausgewiesen hätten. Die bisher vorliegenden Stellungnahmen zu dem Flächennutzungsplanentwurf stützen eher unsere Position. Vielleicht lassen sich die Flächen noch abspecken. Wie groß die neuen Flächen tatsächlich sind, werden im Vorentwurf etwas verschleiert. Hier fordern wir Aufklärung.

Die Konzentration der neuen Wohnbauflächen auf den Standort Bordinghausen/Haunerbusch ist unstrittig. Für dieses Gebiet haben sich alle Fraktionen nach reichlicher Abwägung entschieden. Die Lage zum neuen „Zentrum der Stadt“ ist für uns dabei mit ausschlaggebend gewesen. Wir möchten auch nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen und allen Verkehr aus den neuen Baugebieten ausschließlich auf die beiden Hauptverkehrsadern lenken. Von daher meinen wir, daß es sinnvoll ist, ein Wohngebiet in diesem Bereich, mindestens an drei Stellen an das vorhandene Straßennetz anzubinden:

- über Bordinghausen an die Thingslindestraße/Bachstraße
- parallel zum Bordinghauser Weg an den Haunerbusch
- linksseitig des Humecketals an Hammerkamp und die B 54

Alle diese Straßen können von der Sache her nur als Wohnsammelstraßen für den innerstädtischen -von uns selbst verursachten- Verkehr gebaut werden. Außerdem müssen sie in die vorhandenen flächenhaften Tempo-30-Zonen einbezogen werden.

Damit ist aus unserer Sicht zweierlei gewährleistet:

- der durch die neuen Baugebiete entstehende Verkehr wird nicht einseitig bestimmte Bereiche belasten
- die Verbindung durch die Humecke zur B 54 wird nicht als Umgehungsstraße für den auswärtigen Durchgangsverkehr dienen und somit nicht zu unzumutbaren Belastungen für die Altanlieger führen

Nach der Sommerpause werden die Bedenken und Anregungen zum Vorentwurf des Flächennutzungsplans im Ausschuß für Stadtentwicklung beraten. Die SPD-Fraktion ist offen für Abänderungen und wird selbst weiterhin dafür eintreten, daß z.B. die Bremi-Flächen als Gewerbe- bzw. Mischbauflächen einbezogen werden. Wir möchten zudem -wie in den Wahlaussagen des Jahres 1994 dargestellt- die rasante Entwicklung unserer Stadt in den letzten zehn Jahren abbremsen und unser Hauptaugenmerk auf die Pflege und Verbesserung der vorhandenen Infrastruktur richten. Ob wir uns mit diesen Vorstellungen durchsetzen können, hängt in erster Linie von den Mehrheitsverhältnissen im Rat nach 1999 ab. Nicht nur in Bonn brauchen wir einen Wechsel!



Höhlen aktuell:

„Eine Gewerbegebietsausweisung im Bereich Höhlen ist aus vielerlei Gründen nicht vertretbar.“

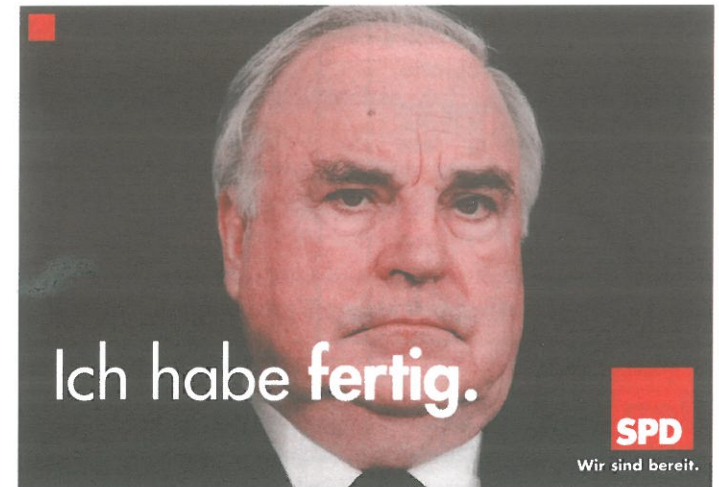
(Amt für Umweltschutz des Märkischen Kreises in seiner Stellungnahme zum aktuellen Vorentwurf des Flächennutzungsplans für Kierspe)

DIE SPD FÜR SIE VOR ORT

Am kommenden Samstag, 20. Juni, ab 10 Uhr werden wieder Informationsstände im Kiersper Stadtgebiet aufgebaut. Auf dem Rönsahler Marktplatz, an der Kölner Straße, in Höhe des Petz-Parkplatzes sowie vor der Bäckerei Diewald in Kierspe-Dorf sind die Mitglieder des SPD-Ortsvereins für Sie im Einsatz. Besuchen Sie uns und stellen Sie Ihre Fragen zur Kommunal-, Landes- und Bundespolitik. Wir freuen uns auf Sie.

ZUKUNFTSREGION MÄRKISCHER KREIS

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat am 25. und 26 Mai aus den eingegangenen Bewerbungen zur Teilnahme am Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ auch den Märkischen Kreis mit dem Prädikat „Region der Zukunft“ ausgezeichnet. Die Preisverleihung findet Ende Juni in Würzburg statt. Das Wirken der SPD zählt sich aus - lesen Sie dazu das Interview mit SPD-Kreistagsmitglied Ulrich Duffe im Innern dieses Rauks.



Der Rauk wird herausgegeben von der SPD Kierspe
Verantwortlich: Marc Voswinkel, Buchenweg 2a, 58566 Kierspe
Redaktion: Julia Hüttemann, Marc Voswinkel, Axel Richter

P.S.: Das vollständige Wahlprogramm der SPD kann auch im Internet abgerufen werden. Wählen Sie sich ein unter <http://www.spd.de> !